



Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Harald ZIERFUSS, Dipl.-Päd. Silvia JANOECH und Julia KLIKA, BEd, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz)

betreffend effizienter und fachgerechter Einsatz von Pflichtschullehrern an Wiener Schulen

Grundsätzlich bekommen alle Bundesländer nach den gleichen objektiven Kriterien vom Bund denselben Anteil an Lehrerinnen und Lehrern pro Schüler finanziert, wobei für Deutschförderung, Mittelschulen und die Tagesbetreuung an Wiens Schulen Extra-Planstellen vergeben werden. Trotz dieser Gleichbehandlung saßen laut Statistik Austria im Schuljahr 2019/20 in Wiener Volksschulen mit durchschnittlich 21,7 Schülern pro Klasse durchschnittlich weit mehr Kinder als in anderen Bundesländern in den Klassen: Burgenland: 16,7; Kärnten: 16,7; Tirol: 17,5; Oberösterreich: 17,9; Steiermark: 18,1; Salzburg: 18,2; Vorarlberg: 18,2 und Niederösterreich: 18,4.

Durch die von Bildungsstadtrat Wiederkehr im Juni 2021 durchgeführte „Lehrerneuverteilung“ wird sich der Klassenschülerdurchschnitt noch einmal erhöhen, da das adaptierte Verteilungssystem ein Basiskontingent von einem Lehrer pro 25 Schüler vorsieht. Mit dem Ukraine-Krieg und der damit stetig steigenden Anzahl an ukrainischen Schülerinnen und Schülern in Wien wird die Situation ebenfalls verschärft.

Dazu kommt, dass die Herausforderungen im Wiener Bildungssystem ungleich größer sind als in anderen Bundesländern. So liegt laut Statistik Austria der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit nicht-deutscher Umgangssprache in Volksschulen bei 58,5 Prozent – in einigen Wiener Bezirken sogar über 80 Prozent. Weit mehr als ein Drittel (37,5 Prozent) aller außerordentlichen Schüler Österreichs, die aufgrund von mangelnden Deutschkenntnissen nicht als ordentliche Schüler geführt werden können, leben in Wien.

Aber anstatt die vom Bund finanzierten Lehrerinnen und Lehrer auch wirklich vor Ort im Klassenzimmer einzusetzen, werden diese Planstellen jedoch zum Teil für administrative und bürokratische Aufgaben missbraucht. Die Wiener Volkspartei hat deshalb an den Stadtrechnungshof ein entsprechendes Prüfersuchen gestellt, damit künftig alle vom Bund finanzierten Planstellen auch tatsächlich fachgerecht für die Wiener Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz wird aufgefordert, für einen effizienten Einsatz der vom Bund finanzierten Lehrerplanstellen zu sorgen und von einem nicht fachgerechten Einsatz abzusehen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.06.2022

Klika

SL

J. Janoech